

**Beschluss 34 - Antrag an die 3. Tagung des 5. Landesparteitages DIE LINKE.
Thüringen am 4. 3. 2017 in Bad Langensalza -
3 x 33 Millionen: Zukunftsprogramm für ein sozial gerechtes Thüringen**

(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen, bei 4 Gegenstimmen, und 3 Enthaltungen)

Der Landesvorstand beschließt den nachfolgenden Antrag des Landesvorstandes an den Parteitag.

Thüringen für Alle – überall!

Seit 2014 arbeitet DIE LINKE gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern daran, Thüringen zukunftsfähig und sozialer zu machen. Verschiedene Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag wurden bereits umgesetzt und mit dem beitragsfreien Kita-Jahr ab 2018 wird ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit folgen. Auch mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 werden die Voraussetzungen geschaffen, weitere gemeinsame Vorhaben Realität werden zu lassen.

Angesichts des Haushaltsüberschusses 2016/2017 und der zu erwartenden Mehreinnahmen im Land und den Kommunen ist klar: Geld ist genug da! DIE LINKE schlägt daher ein zusätzliches 99 Millionen-Programm des Landes im Doppelhaushalt 2018/2019 vor – Investitionen in die Zukunft für alle Menschen in Thüringen. Zukunftsinvestition in diesem Sinne bedeutet für DIE LINKE mehr Mittel für gute Arbeit und Gerechtigkeit bei Löhnen und Gehältern, für die Verbesserung von Bildung in Thüringen und für einmalige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Unser Programm umfasst:

- 33 Millionen für mehr Tariflöhne und gute Arbeit für die Beschäftigten
- 33 Millionen für gute Bildung für unsere Kinder
- 33 Millionen für Mobilität für Alle und bessere öffentliche Infrastruktur.

Eine Offensive für Tariflöhne und Arbeit!

Die Erwerbslosigkeit in Thüringen sinkt, doch Löhne und Gehälter steigen nur langsam. Immer noch verdienen Arbeitnehmer_innen in Vollzeit jährlich etwa 5.500 Euro brutto weniger als im deutschen Durchschnitt – das ist ungerecht und nicht gerechtfertigt. Trotz Fachkräftemangel bleiben viele Menschen vom Aufschwung am Arbeitsmarkt ausgeschlossen. DIE LINKE wird in der rot-rot-grünen Landesregierung daher einen Schwerpunkt auf eine Offensive für Tariflöhne und Arbeit legen. An erster Stelle stehen die Fortsetzung und der Ausbau der erfolgreichen Programme des Öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS). Alle sollen in Thüringen vom Aufschwung am Arbeitsmarkt profitieren! Daneben werden wir eine Ausweitung tariflicher Strukturen im Einflussbereich des Landes angehen. Zu viele Unternehmen erkennen nicht, dass ihr Mangel an Fachkräften auch Ergebnis verfehlter Lohnpolitik und schlechter Arbeitsbedingungen ist. Wirksam werden kann die Koalition vor allem im engeren Wirkungskreis des Landes. DIE LINKE wird daher Initiativen für Tariflöhne in den Bereichen der Kindertagesstätten, der Sozialwirtschaft, den Hochschulen und der Pflege fortsetzen. Hier bringen wir die - manchmal widerstrebenden - Tarifparteien zusammen. Ein Ziel ist, die Entlohnung der

Beschäftigten freier Träger in diesen Bereichen endlich mit Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gleichzustellen. Hier steht DIE LINKE an der Seite der Beschäftigten und der Gewerkschaften. In anderen wirtschaftlichen Bereichen sind die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen oder branchenspezifische Mindestlöhne zu überlegen. Mobilität zur Arbeitsstätte oder zur Berufsschule per ÖPNV ist gerade für junge Menschen entscheidend. Um Auszubildende zu entlasten und Ausbildung zu stärken muss ab 2018 ein Azubiticket eingeführt werden.

Eine Offensive für gute Bildung!

Gute Bildung braucht auch gute Schulen. Wir werden das Schulbauinvestitionsprogramm fortsetzen, um in ganz Thüringen den Sanierungsstau im Schulbereich abzubauen. Hinzu kommen Investitionen in Sportstätten und Turnhallen, um hohe Qualität der Lernumgebungen zu gewährleisten. Neben baulichen Verbesserungen bedarf es Personal. Der Bildungsmonitor 2016 zeigt die statistisch gute Betreuungsrelation im Thüringer Schulsystem. Doch aufgrund von strukturellen Fehlverteilungen und eines hohen Krankenstandes kommt es in Thüringen trotzdem weiter zu Unterrichtsausfall – das darf nicht sein! Als Sofortmaßnahme ist ein Aussetzen des Stellenabbaupfades für Lehrerinnen und Lehrer unerlässlich. Die zukünftige Personalentwicklung im Schulbereich muss an strukturelle Reformen und Herausforderungen im Bildungsbereich, wie z.B. Inklusion, geknüpft werden.

Eine Offensive für Mobilität und öffentliche Infrastruktur!

Mit der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform wird die rot-rot-grüne Landesregierung die regionalen und kommunalen Strukturen zukunftsfähig machen. Besonders die Stärkung der Mittelzentren soll dafür sorgen, dass die Menschen in ganz Thüringen lebenswerte und handlungsfähige Kommunen vorfinden und dass auch in den Städten und Gemeinden abseits der Städtekette an der A4 gutes Leben und gute Arbeit gedeihen. Eine Mobilitäts- und Infrastrukturoffensive soll die Reform flankieren, um den Zugang zu Bildung, Arbeit, Einkaufen, Gesundheitsversorgung, Kultur, schnellem Internet und sozialer Beratung zu gewährleisten. Einen wichtigen Beitrag bildet darin die Förderung von Sozialzentren, in denen sich u.a. Beratungs-, Familien-, Gesundheits- und Angebote für alle Generationen mischen. Das müssen Orte sein, in denen Menschen auch freien Zugang zu schnellem Internet erhalten. Wir unterstützen digitale Mobilität. Investitionen in die digitalen Autobahnen ermöglichen demokratische und gesellschaftliche Teilhabe, stärken Wirtschaft und sind heute Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Außerdem braucht es neben Theatern und Orchestern weitere Investitionen im kulturellen Bereich. Wir brauchen ein Landesprogramm für Bibliotheken, das Kommunen beim Erhalt und Ausbau dieser wichtigen Einrichtungen unterstützt – zum Beispiel im Rahmen einer Kulturinvestitionsgesellschaft des Landes. Auch die Finanzierung der freien Kulturszene und Soziokultur trägt dazu bei, landesweit Angebote zu stärken. Um den ländlichen Raum mit den Zentren zu verbinden braucht der Öffentliche Personennahverkehr finanzielle Unterstützung durch das Land. Besonders die Übergänge zwischen Regionen, wie etwa durch das Landesbusssystem, müssen gestärkt werden. Damit alle Zugang zu Mobilität haben, bedarf es des Aufbaus von Sozialtickets im Verkehrsverbund.